

**Verantwortung und Taten:
Ausgleich des Betriebshaushalts sichert die
finanziellen Grundlagen der Wachsenden Stadt**

Rede des Finanzsenators Dr. Wolfgang Peiner

Zur Einbringung des vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beschlossenen Entwurfes des Doppelhaushaltsplanes 2005/2006 in die Bürgerschaft
am 8. September 2004

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Überblick: Die zentralen Botschaften

1. Botschaft: Finanzpolitische Lage bleibt angespannt

- Die Konjunktur verläuft in Deutschland weiterhin schleppend; am Arbeitsmarkt ist keine Wende erkennbar.
- Hamburg muss mit strukturell weniger Einnahmen auskommen.
- Demgegenüber stehen jedoch zwangsläufig steigende Ausgaben.
- Gleichzeitig müssen wir Lasten aus der Vergangenheit bewältigen, neben der hohen Verschuldung zusätzlich einen hohen Investitionsstau. Uns belasten immer noch die negativen Folgen der jahrzehntelang betriebenen Klientelpolitik in dieser Stadt.

2. Botschaft: Hamburg stellt sich dem Wettbewerb der europäischen Metropolen und hat ein Gesamtkonzept für die Zukunft der Stadt

- Wir haben ein Gesamtkonzept für die Gestaltung der Zukunft der Stadt, aus dem sich alle politischen Prioritäten ableiten.
- Wir haben das Klienteldenken überwunden und haben Verantwortung für die ganze Stadt und ihre Zukunft übernommen.
- Geordnete Finanzen sind die Voraussetzung für eine stabile Zukunft.

3. Botschaft: Ausgeglichener Betriebshaushalt ist Voraussetzung für die Verwirklichung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ und die Sicherung unserer Zukunft

- Die politischen Schwerpunkte des Senats, Bildung, Wissenschaft, innere Sicherheit und Familie und Beruf sind solide finanziert.
- Wir sparen aufgabenkritisch und insgesamt ausgewogen nach Ordnungskriterien, um Spielraum für Investitionen zu schaffen.
- Eine steigende Neuverschuldung oder Vermögensveräußerungen zur Deckung von
- Lücken im Betriebshaushalt werden der Verantwortung für die Zukunft nicht gerecht.
- Zur Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit wollen wir eine umfassende Verwaltungsreform umsetzen.

4. Botschaft: Investitionen in Zukunftsprojekte sichern Wachstum und schaffen Arbeitsplätze

- Wir steigern die Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.
- Unser Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ in Höhe von 1 Mrd. EUR verwirklicht Projekte, die die Ziele der Wachsenden Stadt erfüllen.
- Ab 2006 erfolgt die Finanzierung auch durch Überschüsse aus dem Betriebshaushalt.
- Die Neuverschuldung wird jedes Jahr um 50 Mio. EUR zurückgeführt.
- Wir erfüllen damit das Gebot der Nachhaltigkeit und geben unseren Kindern eine Perspektive.

5. Botschaft: Die Weichen sind gestellt; Verwirklichung des Leitbildes wird sichtbar

- Das Ergebnis ist messbar: Hamburg ist heute wachsende Metropole.
- Deutschland und Europa nehmen wahr: In Hamburg „tut sich etwas“.
- Wir sichern die Wachsende Stadt finanziell geordnet ab.

Herr Präsident,

sehr geehrte Damen und Herren,

Gegenstand der Einbringung

- Der Senat bringt heute den Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2005/2006 in die Bürgerschaft ein.
- Der Haushaltsplan liegt damit zur Beratung bis zur Verabschiedung in der Verantwortung der Bürgerschaft.
- Es ist nach dem Haushalt 2004 bereits der zweite Haushaltsplan-Entwurf, den der Senat in dieser Legislaturperiode der Bürgerschaft vorlegt.
- Zugleich gibt der Senat die mittelfristige Finanzplanung 2004 bis 2008 zur Kenntnis. Sie bietet eine zusammenhängende Erläuterung der finanzpolitischen Grundlagen und der aus heutiger Sicht mittelfristig, d.h. in diesem Fall für die gesamte Legislaturperiode, zu erwartenden bzw. geplanten Entwicklung der wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen.
- Warum legen wir erstmalig einen Doppelhaushalt vor? Zum einen führt ein Doppelhaushalt zu größerer Planungssicherheit. Gerade in der aktuell schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte können dadurch die notwendigen Konsolidierungen abgesichert werden. Zum anderen erreichen wir mit einem Doppelhaushalt eine Arbeitersparnis für alle Beteiligten. Wir folgen damit dem Beispiel der meisten Bundesländer.
- Die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsplan-Entwurfs 2005/2006:
 - o Der Gesamthaushalt umfasst ein Volumen von rund 9,7 Mrd. EUR (2005) bzw. 9,8 Mrd. EUR (2006). Damit halten wir die Vorgaben des Finanzplanungsrates von Bund und Ländern ein.
 - o Der Betriebshaushalt weist im Jahr 2006 eine schwarze Null auf, d.h. er ist ausgeglichen.
 - o Die Investitionen steigen auf 1.030 Mio. EUR im Jahr 2006.
 - o Gleichzeitig sinkt die Nettokreditaufnahme um jährlich 50 Mio. EUR auf dann 650 Mio. EUR. Wir befinden uns damit im Kreis der

wenigen Bundesländer, die weiterhin verfassungsgemäße Haushalte haben und nicht die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts erklären müssen.

- Auf die einzelnen Punkte werde ich im weiteren Verlauf der Rede noch genauer eingehen.

1. Botschaft: Finanzpolitische Lage bleibt angespannt

- Die Konjunktur verläuft in Deutschland weiterhin schleppend; am Arbeitsmarkt ist keine Wende erkennbar.
- Hamburg muss mit strukturell weniger Einnahmen auskommen.
- Demgegenüber stehen jedoch zwangsläufig steigende Ausgaben.
- Gleichzeitig müssen wir Lasten aus der Vergangenheit bewältigen, neben der hohen Verschuldung zusätzlich einen hohen Investitionsstau. Uns belasten immer noch die negativen Folgen der jahrzehntelang betriebenen Klientelpolitik in dieser Stadt.

Unverändert schwierige finanzpolitische Ausgangslage

- Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Solide Wirtschaftspolitik setzt solide Finanzpolitik voraus – und umgekehrt. Geht es der Wirtschaft schlecht, dann leiden auch die Steuereinnahmen des Staates. Gesunde öffentliche Finanzen sind wiederum elementar, um wichtige Infrastrukturinvestitionen in den Wirtschaftsstandort vornehmen zu können.
- Die wirtschaftliche Lage hat sich seit dem Beschluss des Haushalts 2004 im Juni 2004 nicht verändert.
- Ich erinnere an die wesentlichen Eckdaten, wie sie vor allem der Mai-Steuerschätzung zugrunde lagen:
 - Für das laufende Jahr wird von einem Wirtschaftswachstum in Deutschland von real 1,5 % ausgegangen, für 2005 von 1,8 %;
 - Das Wachstum der Weltwirtschaft bleibt kräftig – trotz der jüngsten Rohstoffpreiserhöhungen und geopolitischen Unsicherheiten – vorrangig durch die USA und Ostasien;
 - Deutschland liegt damit weiterhin – trotz leichter konjunktureller Erholung – unter dem Durchschnitt. Für die „alte“ Europäische Union der 15 Staaten (vor der Aufnahme der 10 neuen Staaten Mittel- und Osteuropas) wird von einem Wirtschaftswachstum von 2,0 % in diesem Jahr ausgegangen, für die USA sogar von 4,2 %.

- Die ökonomischen Ergebnisse der Wiedervereinigung sind insgesamt noch unbefriedigend; es wird deutlich, dass gleichwertige Lebensverhältnisse erst wesentlich später erreicht werden können.
 - Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung belegt, dass Deutschland immer noch Schlusslicht unter den dort ausgewählten 20 Industriestaaten ist. Verantwortlich dafür sind vor allem zwei Faktoren: Das geringe Wirtschaftswachstum und der überregulierte Arbeitsmarkt (Die Welt 12.8.2004, „Standort D(e)pression“).
 - Die Anzahl der sozial versicherungspflichtig Beschäftigten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken und beträgt heute nur noch 26,4 Mio Beschäftigte. Das ist für ein Volk von 82 Mio Menschen zu wenig.
 - Positiv setzt sich die Entwicklung in Hamburg von der gesamtdeutschen Konjunktur ab. Dies zeigt sich besonders am Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote sank von 9,8% im Juli auf 9,6% im August 2004 (Vorjahr August 2003: 10%). Entgegen dem Bundes-trend: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Arbeitslosen dort um 30.900 gegenüber dem Vorjahresmonat. Insgesamt in Deutschland dagegen hat die Arbeitslosigkeit den höchsten Juli-Stand seit 1990 erreicht!
 - Hamburg profitiert von der EU-Osterweiterung und der deutschen Wiedervereinigung. Die Unternehmer nutzen die sich daraus ergebenden Chancen. Der Hafen boomt: im ersten Halbjahr 2004 stieg der Container-Umschlag im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 16 %. Es gilt weiterhin die Erfahrung: Der Handel folgt der Flagge – das heißt neben dem Hafen profitieren Logistik, Dienstleistung und Handel von dieser Entwicklung.
- Einnahmeentwicklung weiter verhalten – auch in Hamburg:
- Die Steuereinnahmen verharren auf niedrigem Niveau; noch immer liegen sie unter dem Niveau des Jahres 2000. Erst im Jahr 2006 werden sie diesen Stand wieder erreicht haben.

- Die Steuerquote ist mit 20,3 % auf einem historisch niedrigen Stand angekommen. In Europa wird Deutschland dabei nur noch von der Slowakei unterboten! Dauerhaft benötigt der Staat aber Steuereinnahmen von etwa 22-23 % am Bruttoinlandsprodukt, um die Bereitstellung der notwendigen öffentlicher Güter finanzieren zu können.
 - Seit der Mai-Steuerschätzung 2001 brachte jede Steuerschätzung neue Hiobsbotschaften. Insgesamt haben sich für Hamburg die erwarteten Steuereinnahmen um etwa 1,3 Mrd Euro pro Jahr dauerhaft verringert. Mit anderen Worten: Für die Erfüllung unserer Aufgaben stehen uns dauerhaft etwa 1,3 Mrd Euro weniger Steuereinnahmen zur Verfügung. Dies ist eine Dimension, die von uns eine neue Qualität bei den Maßnahmen zur Gegensteuerung erfordert.
 - Zusätzlich werden die Hamburg verbleibenden Einnahmen durch steigende Zahlungen in den Länderfinanzausgleich geschmälert: Hamburg zahlt pro Kopf am meisten in den LFA, weil sich Hamburgs Finanzkraft relativ zu anderen Bundesländern besser entwickelt. Wir zahlen für die Schwächen von Berlin und NRW.
 - Hamburg ist durch die Neuregelung des LFA – abgesehen von der Einwohnerwertung – nachteilig betroffen, weil die Gemeindefinanzkraft stärker einbezogen wird: die Gewerbesteuer wird jetzt mit 64% und nicht wie bisher mit 50% einbezogen. Da Hamburg sehr gewerbesteuerstark ist, trifft uns dies vergleichsweise stärker als andere Länder.
-
- Wesentliche Ausgaben steigen fast zwangsläufig;
 - Im Zeitraum 2000-2006 steigen die Ausgaben für Personal, Zinsen und gesetzliche Leistungen um insgesamt 9 %, d.h. die Schere zwischen zurückgehenden Steuereinnahmen und durch uns nicht beeinflussbare Ausgaben vergrößert sich.
 - Diese Kluft ist nicht einmalig, sie ist dauerhaft.
 - Zu den Personalausgaben: Nicht beeinflussbar sind vor allem Tarifsteigerungen, soweit die Tarifvertragsparteien diese mitbestimmen; betroffen

sind dann auch die Versorgungsausgaben. Im Doppelhaushalt 2005/2006 gehen wir von einer Null-Runde im öffentlichen Dienst aus.

- Eine Null-Runde bedeutet nicht zwangsläufig einen Verzicht auf Tarifsteigerungen, wohl aber die volle Kompensation von Tarifsteigerungen durch strukturell wirkende Anpassungen der Tarifstruktur. Im Ergebnis erwarten wir also keine steigenden Personalausgaben aus diesen Effekten!
- Die Zinsausgaben, die mit rd. 1 Mrd. EUR über ein Zehntel der bereinigten Gesamtausgaben ausmachen, sind nur insoweit beeinflussbar als wir die Zunahme der Verschuldung begrenzen. Der Zinssatz hängt insbesondere von der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ab.
- Die Ausgaben für gesetzliche Leistungen sind nur bedingt beherrschbar, weil die Zahl der Empfänger steigt und die Leistungsgesetze Bundesgesetze sind. Hartz IV soll zwar Entlastungen für die Kommunen bringen – aber nicht soviel, wie sich manche wünschen. Wir haben in den Doppelhaushalt eine Chance von 58 Mio. EUR für 2005 und 100 Mio. EUR für 2006 eingestellt. Risiken bestehen bei den Kosten der Unterbringung und aufgrund der Entwicklung der Arbeitslosigkeit.
- Diese Ausführungen machen deutlich: Reformen sind notwendig. Das Land muss wieder zukunftsfähig gemacht werden – die Sozialsysteme müssen reformiert werden. Das Wirtschaftswachstum muss beschleunigt und der Arbeitsmarkt von Überregulierung entschlackt werden. Eigenverantwortung muss wieder gefördert werden. Nur so können auch die Ausgaben des Staates für die wirklich Bedürftigen auf Dauer finanziert werden.
- Wir sind in einem finanzpolitischen Ungleichgewicht und überfordern den Sozialstaat, weil wir die Finanzkraft des Staates nicht mehr haben, um die Ausgaben zu finanzieren.
- Nur ein wirtschaftlich starker Staat ist ein sozial starker Staat. Deshalb müssen wir die wirtschaftliche Basis stärken.
- Darum unterstützen wir auch die rot-grüne Bundesregierung bei der Umsetzung der „Agenda 2010“ und von „Hartz IV“. Allerdings muss dies ein-

gebettet werden in eine umfassende Wachstumsstrategie. Nur Wachstum schafft zusätzliche Beschäftigung.

- Ich frage mich: Warum erkennt die Hamburger SPD nicht, dass auch in Hamburg schmerzliche Veränderungs- und Anpassungsprozesse notwendig und ein Umsteuern in Richtung Wachstum erforderlich ist?

Meine Damen und Herren, ein „Weiter So“ kann und darf es nicht geben! Der Wohlfahrtsstaat heutiger Prägung ist nicht mehr finanzierbar! Darum müssen wir umsteuern – und zwar sofort und ohne wenn und aber! – im Interesse der Menschen, die hier leben und arbeiten und unserer Kinder, die wir nicht mit weiteren Hypotheken belasten wollen.

Verantwortlich für die kritischen Rahmenbedingungen ist aber auch die Hamburger Finanzpolitik bis 2001. Sie hat uns „Hypotheken“ hinterlassen, die wir bis heute noch nicht vollständig abtragen konnten.

„Vergangenheits-Bewältigung“ oder: Hamburg lebte bis 2001 auf Kosten der Zukunft

- Das Gebot der Nachhaltigkeit wurde vorsätzlich vernachlässigt.
- Man verbrauchte die Substanz, ohne neu zu investieren. In nahezu allen Bereichen wird der Investitionsstau bei öffentlichen Gebäuden (Schulen, Universitäten) und bei Straßen sowie im Hafen beklagt.
- Der Befund ist eindeutig: über Jahre wurde zu wenig investiert und zuviel konsumiert. Die zukunftsgerichteten öffentlichen Investitionsausgaben blieben in den Jahren bis 2001 auf einem zu niedrigen Niveau.
- Aber auch private Investitionen blieben aus.
- Es kam zu Entscheidungsstillstand in vielen Bereichen, der private Investoren abschreckte.
- Gleichzeitig stieg die Verschuldung in atemberaubende Höhen. Von 1990 bis 2001 hatte sie sich nahezu verdoppelt.
- Öffentliche Unternehmen und Beteiligungen im Wert von rund 5 Mrd. EUR wurden veräußert, um Löcher im Betriebshaushalt zu stopfen. Darunter waren eine Reihe von Unternehmen, die von großer Bedeutung für den Standort Hamburg waren, zum Beispiel die HEW.

- Auf notwendige Leistungseinschränkungen und auf Standardabsenkungen wurde jedoch verzichtet.
- Grund war meistens Klienteldenken – die SPD wollte ihre Interessengruppen begünstigen. Einzelinteressen wurden über das Gesamtinteresse gestellt.
- Die SPD nahm lieber den finanziellen Kollaps unseres Haushalts in Kauf, als sich von Überhöhten Standards zu trennen, die wir uns seit langem nicht mehr leisten konnten und die in anderen Ländern bzw. beim Bund schon lange nicht mehr finanziert werden konnten: Ich nenne beispielhaft die Eingangsbesoldung der Grundschullehrer (A 13), die Beteiligung der Polizisten an der freien Heilfürsorge, die Kinderkuren und die volkswirtschaftlich fragwürdige Subventionierung des zweiten Arbeitsmarktes.
- Aber auch die Grünen waren nicht Teil der Lösung, sondern sind Teil des Problems:
 - Magergras auf Brachflächen war ihnen wichtiger als Wohnungen für Familien und Betriebe auf diesen Flächen
 - Das VIVO war wichtiger als Investitionen in Airbus
 - Radwege waren wichtiger als Investitionen in den Hafen
- Diese Kluft zwischen Individualinteresse und gesamtstädtischem Interesse hat auch der Chefredakteur des Hamburger Abendblattes, Menso Heyl, im Vorwort zu dem Hamburg Jahrbuch 2002 des Hamburger Abendblattes treffend beschrieben und beklagt. Der Mann hat Recht: Doch es ist die Aufgabe der Politik, diese Interessengegensätze zu überwinden und nicht sie zu fördern.

„Altlasten“ aus den Kassenkrediten von LBK und p&w

Doch damit nicht genug:

- LBK und p&w sind seit ihrer Gründung unsolide finanziert: Die Verpflichtungen für die Altersversorgung waren nicht ausfinanziert und Investitionen nicht gesichert. Betriebliche Verluste wurden durch ständig steigende Kassenkredite gedeckt.
- Wir sprechen allein beim LBK von einer aufgewachsenen Schuldenlast von 1 Mrd. Euro.

- Ich habe von Anfang an erhebliche Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit der Finanzierungspraxis seit 1996 mit dem Haushaltsrecht geäußert. Allerdings musste das Problem vorrangig materiell gelöst werden.
- Deshalb hat der Senat bereits am 5.2.2002 die Teilprivatisierung des LBK und im Juli 2003 die Ausgliederung des Altenpflegebereichs von p&w auf einen privaten Träger beschlossen. Dies betraf die materielle Seite.
- Auch bei der Lösung dieses Problems hat sich die Opposition verweigert.
- Zur haushaltsrechtlichen Seite wurde in einem Gespräch von mir mit dem Präsidenten des Rechnungshofes am 12.11.2003 vereinbart, dass der Rechnungshof dieses Thema von sich aus prüft.
- Wir erwarten das Ergebnis der Prüfung des LRH in den nächsten Wochen.

Senat, Mehrheitsfraktionen und die sie tragenden Parteien haben in den 80er und 90er Jahren nicht wahrgenommen, was außerhalb Hamburgs in der Welt passierte

- Andere Metropolen haben sich in diesen Jahrzehnten dynamischer entwickelt: Barcelona, Toronto, Kopenhagen.
- „Nabelschau“ verhinderte jeden Ansatz für eine zukunftsgerichtete Politik; Beispiel: Flächen wurden nicht im notwendigen Umfang für Investoren bereitgestellt.
- Folge: Die Menschen machen sich Sorge um die Zukunft von Hamburg, vor allem als Beschäftigungsstandort und als Stadt, in der ihre Kinder eine Zukunft haben.
- Wir bieten eine Alternative. Wir knüpfen damit an das Denken von Bürgermeister Herbert Weichmann an, der als letzter Bürgermeister einen Plan für die Entwicklung Hamburgs unter gesamtstädtischen Interesse ins Werk setzte. Heute wissen wir, dass seine Nachfolger seine Vorstellungen nicht umgesetzt haben; die unterlassenen Zukunftsinvestitionen haben unsere Entwicklung beeinträchtigt. Die Stichworte heißen: Flughafen, Tiefwasserhafen, Bildungssystem und Einwohnerentwicklung.

2. Botschaft: Hamburg stellt sich dem Wettbewerb der europäischen Metropolen und hat ein Gesamtkonzept für die Zukunft der Stadt

- Wir haben ein Gesamtkonzept für die Gestaltung der Zukunft der Stadt, aus dem sich alle politischen Prioritäten ableiten.
- Wir haben das Klienteldenken überwunden und haben Verantwortung für die ganze Stadt und ihre Zukunft übernommen.
- Geordnete Finanzen sind die Voraussetzung für eine stabile Zukunft.

Der Weg aus dem Stillstand: Das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“

- Mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 wollen wir den Trend der bis 2001 unterlassenen Investitionen bzw. nicht im Interesse der Zukunft der Stadt und ihrer Menschen eingegangenen Belastungen umkehren.
- Seit 2002 haben wir dafür das Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“.
- Das Leitbild und seine Wirkungen sind nicht auf 2 Jahre oder die Legislaturperiode begrenzt, sondern auf Jahrzehnte angelegt.
- Damit geben wir für die Zukunft unserer Stadt eine Orientierung und stellen uns aktiv dem Wettbewerb vergleichbarer Städte.
- Im Mittelpunkt unserer Interessen stehen die Menschen, als Arbeitnehmer und Unternehmer, als Schüler und Eltern, als Studenten und Forscher usw.
- Ein Beispiel: Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit Arbeitslose wieder in den regulären Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Arbeitsplätze schafft nicht der öffentliche Dienst – er dient dem Bürger, nicht umgekehrt – und auch nicht der 2. Arbeitsmarkt. Arbeitsplätze entstehen dort, wo investiert wird. Investoren und Unternehmer schaffen Arbeitsplätze, wenn sie attraktive Rahmenbedingungen finden. Diese zu schaffen ist Aufgabe der Politik. Wir tun das. Dafür ist das Leitbild geschaffen worden.
- Auf der Grundlage des Leitbildes soll Hamburg zu einer wachsenden und pulsierenden Metropole mit internationaler Ausstrahlung entwickelt wer-

den. Vorbilder wie Barcelona, Toronto oder Kopenhagen hatte ich bereits genannt. Das bedeutet – ich zitiere aus der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters vom 31. März 2004: „Der Senat wird ... das Leitbild Metropole Hamburg – Wachsende Stadt in den Mittelpunkt stellen. Wachsende Stadt bedeutet, Hamburgs Qualität in ausgewählten Bereichen zu steigern. Mehr Qualität, gemessen an internationalem Standard, bringt mehr Quantität, d.h. mehr Einwohner für Hamburg. Dies wiederum wird positive Auswirkungen haben auf die wirtschaftliche, fiskalische, soziale und gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung der Stadt.“

Gesamtheitliche Verantwortung für die Verwirklichung des Leitbildes

- Die Menschen haben uns die Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft der Stadt gegeben.
- Diese „absolute“ Verantwortung haben wir (Senat und Fraktion) übernommen. Mit dem heute einzubringenden Entwurf des Doppelhaushaltsplans beweist der Senat die Gestaltungskraft – unter schwierigen wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen.
- Gestaltung der Zukunft heißt vor allem: Verantwortung für Arbeitsplätze in dieser Stadt.
- Verantwortung für die wirtschaftlichen, sozialen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen, damit Betriebe und Bürger in dieser Stadt Arbeitsplätze bereitstellen, arbeiten und leben.
- Ich betone deshalb noch einmal: Nur ein wirtschaftlich starkes Hamburg ist auch ein sozial starkes Hamburg. Sozial und gerecht ist, was Arbeitsplätze schafft.

Ableitung der politischen Prioritäten aus dem Leitbild: Verantwortungsbewusste Finanzpolitik ist nachhaltige Finanzpolitik

- Aus dem Leitbild leiten wir die politischen Prioritäten ab. An erster Stelle müssen dabei geordnete Finanzen stehen. Sie sind Voraussetzung für die Finanzierung der Maßnahmen zur Verwirklichung des Leitbildes.
- In seiner Regierungserklärung vom 31. März 2004 hat der Erste Bürgermeister betont: „Veränderungen – nur wenn die Grundlage sicher ist. Und zu einer sicheren Grundlage gehört eine solide Finanzpolitik. ... Wir wollen einen ausgeglichenen Betriebshaushalt für das Jahr 2006 vorlegen. Es bleibt bei der Rückführung der Neuverschuldung. Der Konsolidierungskurs – wie er in Jesteburg I und II formuliert wurde – wird fortgesetzt.“
- Geordnete Finanzen heißt: mit den Abgaben der Betriebe und Bürger die notwendigen Aufgaben finanzieren zu können.
- Geordnete Finanzen heißt nicht: Versprechen auf Pump; heißt nicht: notwendige Veränderungen verschieben.
- Voraussetzung ist, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt.
- Voraussetzung ist aber auch, dass die Bürger und die Betriebe keine Ansprüche stellen, die mit den vorhandenen Mitteln nicht leistbar sind. Und die Politiker keine Ansprüche schüren, die nicht bezahlbar sind.
- Diese Pole zueinanderzubringen ist Aufgabe der verantwortungsbewussten Finanzpolitik. Die Finanzpolitik übernimmt dabei dienende Funktion. Sie macht die Notwendigkeiten des Handelns in Zahlen transparent und zwingt alle Beteiligten – im Senat alle Ressorts – zu einer gemeinsamen abgestimmten Entscheidung über Konsolidierungsmaßnahmen sowie über die Finanzierung politischer Schwerpunkte.
- Deshalb entfaltet die Finanzpolitik die einende Kraft, die für die Verwirklichung des Leitbildes erforderlich ist. In die Zeit der Ressortegoismen und Klientelpolitik wird dieser Senat nicht zurückfallen.

3. Botschaft: Ausgeglichener Betriebshaushalt ist Voraussetzung für die Verwirklichung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ und die Sicherung unserer Zukunft

- Die politischen Schwerpunkte des Senats, Bildung, Wissenschaft, innere Sicherheit und Familie und Beruf sind solide finanziert.
- Wir sparen aufgabenkritisch und insgesamt ausgewogen nach Ordnungskriterien, um Spielraum für Investitionen zu schaffen.
- Eine steigende Neuverschuldung oder Vermögensveräußerungen zur Deckung von Lücken im Betriebshaushalt werden der Verantwortung für die Zukunft nicht gerecht.
- Zur Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit wollen wir eine umfassende Verwaltungsreform umsetzen.

Senat erreicht das zentrale finanzpolitische Ziel: Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006

- Der Doppelhaushalt belegt in Zahlen, dass der Senat das zentrale Ziel, den Ausgleich des Betriebshaushalts im Jahr 2006, erreichen kann und will. Das bedeutet, dass wir dann unsere laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen finanzieren können.
- Der Ausgleich des Betriebshaushalts ist kein Selbstzweck.
- Welche Bedeutung die Erreichung dieses Ziels hat, werde ich erläutern. Gegen die Verwirrung helfen klare Begriffe und Zahlen. Beide liegen dem Entwurf des Doppelhaushalts zugrunde.
- Der Betriebshaushalt umfasst 90% der bereinigten Gesamtausgaben. Die restlichen 10% entfallen auf die Investitionen. Die Unterscheidung entspricht der Vorgabe des Haushaltsgrundsatzgesetzes und der Landeshaushaltsordnung.
- Ausgleich des Betriebshaushalts meint: laufende Ausgaben werden durch laufende Einnahmen gedeckt. Oder mit einem Vergleich: Ein Privathaushalt finanziert seine laufenden Ausgaben für Miete, Lebenshaltung u.a. durch sein Gehalt.

- Diesen Zustand werden wir im Jahr 2006 erreichen, wenn sich die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht noch weiter verschlechtern.

Maßnahmen zum Ausgleich des Betriebshaushalts: Das Konzept der verantwortungsbewussten Konsolidierung

- Für die Konsolidierung haben wir ein Gesamtkonzept, die verantwortungsbewusste Konsolidierung. Dahinter steht eine Methode, die auf der Grundlage einer ressortübergreifenden Aufgabenkritik Einsparungen bewirkt.
- Methode: Überrollung und Aufgabenkritik, Qualitäten statt Quoten.
- Wie beim Leitbild geben Ordnungskriterien die notwendige Orientierung. Dies ist ein ganz anderer Denk- und Handlungsansatz als das Quotensparen. Konsolidierung ist ständige Aufgabe, insbesondere aber auch die Aufgabenkritik.
- Verantwortungsbewusste Konsolidierung ist ein Mix aus Maßnahmen zur Sicherung der Einnahmen, Reduzierung von Aufgaben und damit Ausgaben und zur Senkung der Neuverschuldung.
- Der damit verbundene Ansatz ist anspruchsvoller als das Quotensparen – aber auch „politischer“. Prioritäten und auch Posterioritäten müssen klar benannt werden.
- Ausgangspunkt sind die disponiblen Ausgaben, das sind die Ausgaben, die wir in Hamburg eigenverantwortlich gestalten können. Das sind nur gut 20 % der Betriebsausgaben. Über das Ob und die Höhe können wir selbst entscheiden – Orientierung gibt hierfür das Leitbild und die daraus abgeleiteten Prioritäten.

Es gibt keine Alternative zur verantwortungsbewussten Konsolidierung

- Die Aufnahme von zusätzlichen Krediten führt zu steigenden Zinsausgaben und damit zur weiteren Einengung des gestaltbaren Bereichs bei den Betriebsausgaben.

- Was für die rot-grüne Bundesregierung Programm ist, lehnt der Senat ab: zu Lasten der kommenden Generation die Verschuldung weiter zu erhöhen.
- Die Verfassungsgrenze für die Verschuldung würde überschritten und eine Haushaltsnotlage wäre selbstverschuldet.
- Die Erhöhung von Steuern, z.B. der Erbschaftsteuer und Vermögensteuer bringt nichts, weil Gestaltungen und Ausweichreaktionen die Folge sind. Dann fallen auch noch die Einkommensteuer, die Kapitalertragsteuer und der Solidaritätszuschlag in Deutschland aus, wenn diese Bürger das Land verlassen.
- Der Einsatz von mehr Betriebsprüfern löst unsere Probleme nicht. Nötig sind Steuervereinfachung und mehr Personal bei der Veranlagung. (Siehe auch Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage des Abg. Jürgen Schmidt, Drs. 18/698).
- Fazit: Wir sind verantwortlich für sinnvolle Einschränkungen der Ausgaben und Verbesserungen der Einnahmen.
- Wir sagen den Menschen, wie die Lage ist. Wir machen eine offene Lagedarstellung.
- Das ist Voraussetzung für die Einsicht in die notwendigen Einsparungen

Die aufgabenkritischen Konsolidierungsprogramme: von Jesteburg I über Jesteburg II zum Konsolidierungsprogramm 2005/2006

- Wir müssen den Bürgern viel zumuten, ihnen etwas abverlangen, um Ansprüche mit dem Möglichen zu vereinbaren.
- Wir begreifen Konsolidierung als ständige Aufgabe. Zuwächse, die zu verteilen wären, sind im Finanzplanungszeitraum nicht in Sicht.
- Der Senat hat nunmehr zum 3. Mal in Folge aufgabenkritische Beschlüsse mit dem Entwurf des Doppelhaushalts vorgelegt. Das ist eine Führungsaufgabe (top-down).
- Insgesamt werden wir dabei Haushaltsverbesserungen von über 500 Mio. EUR bis zum Jahr 2006 erreichen.

- Lassen Sie mich im Folgenden einige Maßnahmen beispielhaft nennen, die wir beschlossen bzw. bereits umgesetzt haben:

- **Einnahmeerhöhungen:**

- Hebesatz-Erhöhung Grundsteuer B (21 Mio. EUR);
- Eigenbeteiligung von Polizei- und Feuerwehrbeamten an der Freien Heilfürsorge (4,2 Mio. EUR).

- **Standardabsenkungen und Umsteuerung:**

- Umsteuerung Arbeitsmarktpolitik (über 10 Mio. EUR);
- Bekleidungs pauschale in der Sozialhilfe (6 Mio. EUR);
- Verkürzung des Referendariats für angehende Lehrer von 2 auf 1,5 Jahre (5,7 Mio. EUR);
- Absenkung der Eingangsbesoldung für Grund- und Mittelstufenlehrer von A 13 auf A 12 (rd. 1,5 Mio. EUR);
- Lehr- und Lernmitteln (1,25 Mio. EUR);
- Reduzierung der Filmförderung (2,5 Mio. EUR);
- Kürzungen von Zuwendungen an Zuwendungsempfänger.

- **Effizienzsteigerung:**

- Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung (rd. 1 Mio. EUR);
- Auflösung des Landesteils der OFD (1 Mio. EUR);
- Zusammenführung von IfL, Studienseminar und Landesmedienzentrum zum „Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung“ (3,1 Mio. EUR);
- Zusammenlegung von Polizeidirektionen;
- Konzentration der Bauhöfe (3,5 Mio. EUR Personalausgaben);
- Reduzierung des Senatsfahrdienstes (0,4 Mio. EUR);
- Privatisierung des TÜV;

- Kooperation mit Schleswig-Holstein (Statistisches Landesamt, Eichamt), die auch auf andere Bundesländer erweiterbar ist.
- **Behördenübergreifende Maßnahmen:**
 - Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamte von 38,5 auf 40 Stunden;
 - Kürzung bei Weihnachts- und Urlaubsgeld (51 Mio. EUR).
- Die Maßnahmen sind insgesamt ausgewogen, sie sind nicht willkürlich; sie sind fair, weil sie alle – Bürger und Betriebe – in die Betrachtung einbeziehen. Insbesondere ist es dabei auch um Effizienzsteigerungen innerhalb der Verwaltung gegangen.
- Diese Maßnahmen sind uns schwer gefallen. Aber: sie hätten schon viel früher getroffen werden müssen.
- Bei keiner Maßnahme –außer bei der Grundsteuererhöhung- hat uns die Opposition Unterstützung signalisiert. Das bestätigt, dass sich die SPD auch im 4. Jahr der Opposition noch immer nicht von ihrem Klientelenden lösen kann.
- Auf Ratschläge wie: „Sparen ja – aber an den richtigen Stellen“, „intelligentes Sparen“; „Phantasie beweisen“; „Masterpläne machen“ usw. können wir keine geordnete Konsolidierung aufbauen. Allerdings hat die Opposition das Recht, unkonkret und nicht nachvollziehbar abstrakt zu bleiben. Der Senat setzt dem einen detaillierten Haushaltsplan entgegen.

Wir machen Risiken transparent

- **Konjunkturelle Entwicklung:** Wenn das Wirtschaftswachstum weiter hinter den Erwartungen zurückbleibt, die ich vorher genannt habe, dann hätte dies negative Auswirkungen auf den Haushalt (Steuereinnahmen, gesetzliche Leistungen).
- **Zinsen:** Eine bessere wirtschaftliche Entwicklung als gegenwärtig erwartet könnte zu höheren Zinssätzen und damit Belastungen bei den Zinsausgaben führen.

- **Länderfinanzausgleich:** Die Zahllast Hamburgs im Länderfinanzausgleich ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen – und sie steigt weiter wegen der wirtschaftlichen Stärke Hamburgs. Die steigende Einwohnerzahl kann diesen Effekt nur teilweise kompensieren.
- **Personalausgaben:** Bei den Besoldungs- und Tarifanpassungen wird von einer Nullrunde ausgegangen (Nettoeffekt nach Strukturanpassungen). Fielen die Abschlüsse jedoch höher aus, hätte dies unmittelbare Haushaltsbelastungen bei den Personalausgaben zur Folge.
- **Gesetzliche Leistungen (Sozialhilfe, Wohngeld, BaföG etc.):** Die Fallzahlentwicklung ist nur schwer prognostizierbar. Insbesondere bei weiterhin schwacher konjunktureller Entwicklung besteht hier ein Risiko.

Wachstum und Beschäftigung im Interesse der Menschen und zur Sicherung der Steuereinnahmen

- Wir nehmen unsere Verantwortung im Bund für Hamburg wahr.
- Soweit Einnahmen durch Gebühren für eine Verwaltungsleistung erzielt werden, gelten die Grundsätze der Aufgabenkritik, weil ein unmittelbares Verhältnis zur Leistung der Verwaltung besteht.
- Steuereinnahmen zu sichern setzt zuallererst voraus: Wachstum und Beschäftigung.
- Wachstum lässt sich nicht auf Parteitagen beschließen oder von Wissenschaftlern herbeireden. Schlechteden bewirkt aber auch nichts.
- Notwendig sind viele unternehmerische Entscheidungen. Aktives Tun von Betrieben und Bürgern ist gefordert.
- Dazu braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die das zulassen und die Vertrauen geben. Das ist der Beitrag des Staates.
- Einnahmen sichern wir durch aktive Gestaltung von Steuergesetzen im Bundesrat. Wir haben eine entscheidende Rolle im Vermittlungsausschuss gespielt: Handwerkliche Fehler im Körperschaftsteuergesetz beseitigt, Schlupflöcher bei der Gewerbesteuer verhindert und die sog. Mindestbesteuerung mit eingeführt. Beim Alterseinkünftegesetz wurden

Lebensversicherungen als besonders begünstigte Altersvorsorge erhalten.

- Einnahmen sichern wir durch weitere Vorschläge zur Steuervereinfachung. Die Veranlagung muss mit weniger Beamten durchführbar sein.
- Unserer Steuerpolitik ist klar. Wir sind für eine Vereinfachung der Steuergesetze, für eine Senkung der Steuersätze und für eine Abschaffung der Subventionstatbestände – auch bei der Stromeinspeisung.

Aufgabenkritik ist weiter notwendig. Aufgabenkritik ist aber nicht mit Sparen gleichzusetzen. Bei der Verwaltungsmodernisierung geht es nicht ums Sparen:

**Der Senat wird eine umfassende Verwaltungsreform auf den Weg bringen
= Verwaltungsmodernisierung + E-Government + Bezirksverwaltungsreform**

- Die Verwaltungsreform ist nicht Bestandteil der Konsolidierungsprogramme,
- aber auch hier handelt der Senat.
- Erkenntnis: wir brauchen für das 21. Jahrhundert eine moderne Verwaltung.
- Verwaltungsreform ist zentraler Ansatzpunkt der Legislaturperiode mit klaren Zielen:
 - (1) Wir wollen den Kunden- und Bürgerservice deutlich verbessern.
 - (2) Wir wollen die Prozesse deutlich beschleunigen.
 - (3) Wir wollen zwischen ministerieller Ebene und Durchführungsebene entflechten.
 - (4) Wir wollen aber vor allen Dingen die Kompetenz unserer politischen Entscheidungsträger vor Ort konkretisieren und stärken.
- Damit stärken wir die Übernahme von Verantwortung für die Menschen in dieser Stadt.
- Übrigens: Wir werden uns auch einbringen, wenn es um Verwaltungsmodernisierung geht, bei der andere – insbesondere der Bund – beteiligt sind: Umsetzung von Hartz IV in der Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Sozialämtern; möglicherweise auch bei der Verwaltung der Steuern.

Die Schwerpunkte des Senats sind solide finanziert

- **Bildung:** Die Finanzierung der Lehrer wurde gesichert – gegenüber 2001 haben wir die ausfinanzierten Lehrerstellen um 400 erhöht (bereits 2005 erreicht). Darüber hinaus wurden die Finanzhilfen für Schulen in freier Trägerschaft gestärkt, um deren Kostendeckungsgrad auf 85 % im Jahr 2011 zu erhöhen. In den Jahren 2004 und 2005 werden die Mittel hierfür zum Beispiel um jeweils 5 Mio. EUR aufgestockt.
- **Wissenschaft:** Der Senat hat eine Strukturreform der Hamburger Hochschulen beschlossen. Ziel ist eine höhere Studienerfolgsquote und eine Verbesserung der Forschung. Dafür ist zum Beispiel auch das Bachelor- und Masterstudien system eingeführt worden. Darüber hinaus wurde die „Hamburg Innovation GmbH“ gegründet, um für alle Hochschulen den Innovations- und Wissenstransfer zu organisieren. Zur finanziellen Absicherung wurde der im Jahr 2002 geschlossene „Zukunftspakt“ verlängert. Damit erhält die Behörde für Wissenschaft und Gesundheit Planungssicherheit einschließlich eines Inflationsausgleichs.
- **Innere Sicherheit:** Heute ist mehr Polizei auf den Straßen als noch vor drei Jahren. Seit 2001 ist die Zahl der Stellen bei der Polizei um insgesamt 669 gestiegen (Quelle: Produktinformationen). Im Zeitraum 2001-2006 nehmen die Betriebsausgaben der Behörde für Inneres um 12,9 % zu. Damit setzen wir einen deutlichen Schwerpunkt im Bereich Innere Sicherheit!
- **Familie und Beruf:** Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, hat der Senat die „Hamburger Garantie“ abgegeben: für die 3-6-jährigen wird ab 1.1.2005 der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz von 4 auf 5 Stunden ausgeweitet. Für alle anderen Kinder bis zum 14. Lebensjahr, deren Eltern berufstätig sind oder sich in Ausbildung befinden, wird ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab 1.8.2006 eingeführt. Hamburg übernimmt damit eine bundesweite Vorreiterrolle. Die Verhandlungen mit den Trägern sind schwer, denn auch hier müssen die Standards überdacht werden. Und auch hier zeigt die Opposition reines Klienteldenken: sie fällt den Verhandlungen des Senates bewusst in den Rücken, um ihre Klientel bei den Trägern gegen das Gesamtinteresse unserer Stadt in den Schutz zu nehmen.

- **Wirtschaft und Arbeit:** In der Arbeitsmarktpolitik haben wir umgesteuert von der Förderung des 2. Arbeitsmarktes auf die direkte Integration Arbeitsloser in den 1. Arbeitsmarkt. Das „Hamburger Modell“ hat sich als überaus erfolgreich erwiesen: Bis Juni 2004 konnten dadurch bereits über 1.400 Arbeitslose wieder eine Arbeit finden. Flankiert wird das „Hamburger Modell“ durch Investitionen in die Infrastruktur. Dies führt in der Folge zu Investitionen von Unternehmen und damit zu weiteren Arbeitsplätzen im 1. Arbeitsmarkt. Diese Umsteuerung machte es uns gleichzeitig möglich, Einsparungen bei den Betriebsausgaben von über 10 Mio. EUR vorzunehmen.
- Der Senat fördert aktiv den Mittelstand. Die früheren fünf Mittelstandsprogramme wurden zu einem neuen Programm für Existenzgründung und Mittelstand zusammengefasst. Das Instrument der Kreditbürgschaften wurde weiterentwickelt. Und nicht zu vergessen: wir haben einen Mittelstandslotsen „installiert“.
- Wir fördern die Investitionen in die Zukunft unserer Stadt und sichern so Wachstum und Beschäftigung.

4. Botschaft: Investitionen in Zukunftsprojekte sichern Wachstum und schaffen Arbeitsplätze.

- Wir steigern die Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.
- Unser Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ in Höhe von 1 Mrd. EUR verwirklicht Projekte, die die Ziele der Wachsenden Stadt erfüllen.
- Ab 2006 erfolgt die Finanzierung auch durch Überschüsse aus dem Betriebshaushalt.
- Die Neuverschuldung wird jedes Jahr um 50 Mio. EUR zurückgeführt.
- Wir erfüllen damit das Gebot der Nachhaltigkeit und geben unseren Kindern eine Perspektive.

Senat steigert die Investitionen für die Zukunft der Stadt

- Wir wollen nicht mehr auf Kosten unserer Kinder leben. Wichtig sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt. Investitionen sichern Wachstum und nur Wachstum schafft neue Arbeitsplätze.
- Der Senat stärkt durch seine Politik die Investitionen in dreifacher Hinsicht:
 - die öffentlichen Investitionen aus Haushaltsmitteln;
 - die Investitionen der öffentlichen Unternehmen;
 - die privaten Investitionen.
- Wir sorgen dafür, dass Private in dieser Stadt verstärkt investieren und überwinden den Entscheidungsstillstand:
 - Hafencity: rund 5,5 Mrd. EUR (Grundstücks- und Baukosten);
 - Europa-Passage: Investitionsvolumen von über 430 Mio. EUR;
 - Domplatz, Investitionsvolumen von 55-65 Mio. EUR;
 - Jungfernstieg: Spenden von 6 Mio. EUR (plus Haushaltsmittel von 4,8 Mio. EUR).
- Diese privaten Investitionen sichern den Wirtschaftsstandort Hamburg und damit Beschäftigung und Wachstum.
- Bei den Investitionen der öffentlichen Unternehmen erinnere ich nur an die Erweiterung der Messe (330 Mio. EUR, davon 22 Mio. EUR Haushalt) und des CCH (42 Mio. EUR).

- Im Haushaltsplan-Entwurf 2005/2006 und in der Mittelfristigen Finanzplanung 2004-2008 haben wir eine Reihe von öffentlichen Investitionen veranschlagt, von denen ich einige anhand der vier Ziele des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ beispielhaft aufführen möchte:

- *Ziel 1: Ausbau der Metropolfunktion – national und international:*
 - o Internationale Gartenschau 2013 in Wilhelmsburg (jeweils 6 Mio. EUR in 2008 und 2009)
 - o Bau einer der modernsten Leichtathletikhallen (4 Mio. EUR in 2005; 1,1 Mio. EUR in 2006)
 - o Marinesammlung Tamm (in Public-Private-Partnership) (15 Mio. EUR in 2005)
 - o Archäologiezentrum Domplatz (1,6 Mio. EUR in 2006; 5,4 Mio. EUR in 2007)

- *Ziel 2: Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum*
 - o Umbau (Masterplan 2. Bauabschnitt) des UKE für den Cluster Life-Science (Lebenswissenschaften) (20 Mio. EUR in 2009; 80 Mio. EUR in 2010)
 - o Gründung der Koordinierungsagentur i-med (Finanzierung aus „Innovationsfonds Wachsende Stadt“ in Höhe von 2,3 Mio. EUR in 2005; 0,8 Mio. EUR in 2006 (eigener Ansatz)).
 - o Hamburg School of Logistics (HSL) gegründet (Public Private Partnership; 3 Mio. EUR Investitions- und Betriebskosten werden jährlich von der TU finanziert)
 - o Kompetenzzentrum des Handwerks (8 Mio. EUR in 2005; 2,3 Mio. EUR in 2006; 2,2 Mio. EUR in 2007)

- *Ziel 3: Erhöhung der Einwohnerzahl:*
 - o Erschließungsmaßnahmen für den Wohnungsbau und für Industrie- und Gewerbeflächen
 - o U4 Bramfeld-HafenCity (6 Mio. EUR in 2006; 30 Mio. EUR in 2007; 29,3 Mio. EUR in 2008; 43,2 Mio. EUR in 2009)

- *Ziel 4: Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit Hamburgs*
 - o Kunst- und Mediacampus Finkenau (1 Mio. EUR in 2005; 4 Mio. EUR in 2006; 5 Mio. EUR in 2007; 5,4 Mio. EUR in 2008; 0,6 Mio. EUR in 2009)
 - o Ganztagschulprogramm (17,7 Mio. EUR jeweils in 2005 und 2006; 12,7 Mio. EUR in 2007)
 - o E-Government (IuK-Maßnahmen) (53,2 Mio. EUR in 2005; 47,5 Mio. EUR in 2006; 52,7 Mio. EUR in 2007; 44 Mio. EUR in 2008; 49 Mio. EUR in 2009)

- Zusätzlich legt der Senat in den Jahren 2005 bis 2010 ein Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ im Gesamtvolumen von 1 Mrd. Euro auf. Damit werden Maßnahmen in den strategischen Handlungsfeldern finanziert:
 - o Sicherung und Ausbau des Wirtschaftsstandorts Hamburg ca. 400 Mio. EUR. Einige Maßnahmen:
 - Wir beschleunigen den Hafenausbau und sichern die Elbvertiefung, um die prognostizierten Marktpotenziale für den Standort Hamburg zu erschließen und Abwanderungen zu verhindern.
 - Der Luftfahrt-Cluster wird weiter gestärkt durch Einrichtung eines Clustermanagements, die „Qualifizierungsoffensive Luftfahrtindustrie“, ein Luftfahrtforschungsprogramm, das „Kompetenzzentrum Kabine“ sowie ein geplantes „Aviation Center Hamburg“.
 - Wir legen eine „Innovationsoffensive Mittelstand“ auf, um die Finanzierungspotenziale der mittelständischen Unternehmen zu erhöhen. Hierzu sollen die Bürgschaftsgemeinschaft Hamburg und die Beteiligungsgesellschaft Hamburg GmbH gestärkt werden.
 - Die HafenCity und das Überseequartier sollen bis 2006 an die Innenstadt und überregionale Verkehrsverbindungen angebunden werden.

- Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandorts Hamburg ca. 280 Mio. EUR; darunter befinden sich:
 - DESY Hamburg soll durch neue Großgeräte zum führenden Standort für Strukturforschung in Europa ausgebaut werden.
 - Wir planen eine Architekturhochschule in der HafenCity. Damit werden die bisher auf verschiedene Hochschulen verteilten Kompetenzen gebündelt und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Belebung der HafenCity geleistet.
 - Am Standort Von-Melle-Park der Universität soll eine international ausgerichtete Business-School entstehen.
 - Wir statten die Schulen mit modernster Technik aus. Alle Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, anhand moderner Lernsoftware ihre Selbstlernfähigkeit zu stärken und den Umgang mit neuen Medien und Kommunikationsmitteln einzuüben.
- Steigerung der Attraktivität Hamburgs ca. 365 Mio. EUR. Unter anderem planen wir:
 - Eine Internationale Bauausstellung im Jahr 2013 zusammen mit der Internationalen Gartenschau. Sie soll zugleich eine Klammer sein, um der Wachsenden Stadt ein örtliches und zeitliches Ziel zu geben (HafenCity, Entwicklung der Achse über Wilhelmsburg bis zum Harburger Binnenhafen).
 - Auf dem Kaispeicher A soll eine neue Konzerthalle entstehen: die Elbphilharmonie. Damit wird Hamburg ein neues architektonisches Wahrzeichen bekommen.
 - Wir wollen einen Sportpark Hamburg, ein Sportveranstaltungszenrum von internationalem Rang. Im Altonaer Volkspark sollen weitere Sport- und Veranstaltungsstätten angesiedelt werden. Zum Beispiel Tenniseinrichtungen zur Austragung der German Masters.
 - Wir wollen die um die Jahrhundertwende von Albert Ballin errichtete Auswandererstadt auf der Veddel teilweise re-

konstruieren und zu einem Auswanderermuseum umgestalten. Dies werden wir in Public Private Partnership tun.

- Unabhängig davon waren bzw. sind in der Investitionsplanung bereits Investitionen für die Stärkung der Inneren Sicherheit von ca. 138 Mio. EUR eingeplant.
- Das Sonderinvestitionsprogramm wird im Finanzplan, der derzeit bis 2008 reicht und vom Senat am 21.6.2004 beschlossen wurde, durch die Erhöhung der Investitionsobergrenze in den Jahren 2005 bis 2010, beginnend mit dem Jahr 2005, haushaltsmäßig abgebildet.
- Das zusätzliche Investitionsvolumen wird nicht über zusätzliche Kredite finanziert; im Gegenteil: es bleibt bei der jährlichen schrittweisen Senkung der Nettokreditaufnahme um 50 Mio. Euro.
- Die Finanzierung erfolgt zunächst durch Umschichtungen, d.h. es werden Maßnahmen aus der bisherigen Investitionsplanung nicht weiterverfolgt und die so freiwerdenden Mittel für die neuen Maßnahmen verplant (rd. 250 Mio. Euro); soweit bisher die Mittel noch nicht mit konkreten Maßnahmen belegt waren („Investitionsreserve“, rd. 250 Mio. Euro) fließen diese ebenfalls in das Sonderinvestitionsprogramm. Das Volumen der Umschichtung beläuft sich insgesamt auf 500 Mio. Euro.
- Die 2. Hälfte, also der Betrag, um den die Investitionsobergrenzen erhöht wurden (insgesamt 500 Mio. Euro) werden durch
 - o Mobilisierung zusätzlicher Mittel aus Vermögensumschichtungen („altes in neues Vermögen“) und durch
 - o Aktivierung von privatem Kapital finanziert, d.h. vor allem dadurch, dass zahlreiche Maßnahmen im Wege von public-private-partnerships oder privat finanzierten Betreibermodellen verwirklicht werden sollen. Damit werden private Investoren maßgeblich in die Verwirklichung eingebunden.
- Das Gesamtinvestitionsvolumen der Stadt im Zeitraum 2005-2010 steigt damit um fast 9% von 5.945 Mio. auf 6.445 Mio. Euro.
- Das Sonderinvestitionsprogramm wird nicht als Gesamt-Drucksache beschlossen. Vielmehr werden zu den im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms geplanten Einzelmaßnahmen jeweils Einzel-Drucksachen

vorgelegt, die insbesondere die haushaltsrechtlichen Anforderungen (z.B. Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Folgekosten im Betriebshaushalt) darlegen. Daraufhin erfolgt die Aufnahme der konkreten Maßnahme in den Haushaltsplan mit Ansatz für Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen.

- Die Investitionen stärken den 1. Arbeitsmarkt und damit Wachstum und Beschäftigung. Das ist die Basis, auf der die Wachsende Stadt verwirklicht werden kann.
- Ich bin überzeugt, dass das Sonderinvestitionsprogramm ein weitreichender Wurf zur Entwicklung der Stadt ist.
- Neuausrichtung der Grundstückspolitik: Jahrelang wurde behauptet, die Verfügbarkeit von Flächen sei ein Engpass der künftigen Stadtentwicklung. Noch das Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 1996 ging davon aus, dass wir einen erheblichen Engpass in der Flächenwirtschaft Hamburgs haben. Dieses ist aber falsch. Wir haben genug Flächen.
- Durch die Neuausrichtung der Politik von Hafen, Bundeswehr, Deutsche Bahn, Telekom, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen steht der Stadt ein Flächenpotenzial zur Verfügung, das wir aktiv für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Freizeit nutzen werden. Auf diese neuen Potenziale richten wir die Verwaltung neu aus. Hier haben wir einen Paradigmenwechsel vollzogen!
- Wir werden keinen Investor mehr wegschicken. Wir machen jedem interessierten Investor ein Angebot für eine Fläche im Stadtgebiet, wenn es den Zielen der Wachsenden Stadt dient.

Hamburg braucht strategische Beteiligungen – aber die Rolle der Stadt ändert sich: „Qualitätskontrolleur“, nicht aktiver Betreiber

- Entsprechend unserer Kategorisierung der öffentlichen Unternehmen, die letztlich der Verwirklichung des Leitbildes Wachsende Stadt dient, sollen die unter Kategorie I und zum Teil II fallenden Unternehmen

mehrheitlich im Besitz der Stadt verbleiben. Daran halten wir im Doppelhaushalt fest.

- Wir wollen öffentliche Unternehmen nur verkaufen, um Mittel für Investitionen oder den Schuldenabbau freizusetzen. Altes Vermögen soll in neues umgeschichtet werden.
- Die Rolle des Staates ändert sich. Der Staat muss viele Leistungen nicht mehr selbst bereitstellen, sondern die Rahmenbedingungen so setzen, dass diese Leistungen qualitativ hochwertig, verbraucherfreundlich und effizient von Privaten angeboten werden.
- Der Bund privatisiert zum Beispiel Post und Bahn; die Kommunen Energieversorgung und Gesundheit.
- Wir können nicht Hüter des Wettbewerbs, Kontrolleur der Qualität und gleichzeitig Betreiber und Wettbewerber sein.
- Deswegen ist es nur konsequent, den LBK einem strategischen Partner anzuvertrauen, der die Sicherung der medizinischen Versorgung ebenso sicherstellt wie die Investitionen in den Gesundheitsstandort Hamburg.

Vermögensmobilisierung bis 2006 ist notwendig

- Bis 2006 ist Vermögensmobilisierung erforderlich zur Deckung von Defiziten im Betriebshaushalt, aber auch zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung.
- Erst nach 2006 stehen Überschüsse aus dem Betriebshaushalt zur Finanzierung der Investitionen und zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zur Verfügung.
- Vermögensmobilisierung bedeutet für uns aber nicht: Verkauf von Unternehmenszentralen und für die Zukunft der Stadt strategisch wichtigen Unternehmensbeteiligungen.
- Schwerpunkte für die Vermögensmobilisierung sind Immobilien.

Die Nettokreditaufnahme wird schrittweise gesenkt, um künftigen Generationen keine unzumutbaren Lasten aufzuerlegen

- In der Vergangenheit wurden Investitionen fast ausschließlich durch neue Kredite finanziert. Der Schuldenberg wuchs dramatisch an. Die Zinsausgaben stiegen und engten in zunehmendem Maße die Handlungsmöglichkeiten im Betriebshaushalt ein.
- Wir durchbrechen diese Schuldenspirale. Wir koppeln die Nettokreditaufnahme von den Investitionsausgaben ab.
- In 50 Mio. EUR-Schritten wird die Nettoneuverschuldung kontinuierlich gesenkt. Betrag die Neuverschuldung im Jahr 2001 noch 823 Mio. EUR, werden es im Jahr 2006 nur noch 650 Mio. EUR sein. Und auch nach 2006 geht die Absenkung weiter.
- Dies gelingt, weil wir altes Vermögen in neues umschichten. Hinzu kommen ab 2006 aufwachsende Beiträge aus Überschüssen des Betriebshaushalts zur Mitfinanzierung der Investitionen.
- Damit liefern wir einen Beitrag zur Entlastung unserer Kinder.

5. Botschaft: Die Weichen sind gestellt; Verwirklichung des Leitbildes wird sichtbar

- Das Ergebnis ist messbar: Hamburg ist heute wachsende Metropole.
- Deutschland und Europa nehmen wahr: In Hamburg „tut sich etwas“.
- Wir sichern die Wachsende Stadt finanziell geordnet ab.

- Wirtschaftsdaten belegen: Wachstum und Beschäftigung steigen in Hamburg.
- Der Tourismus boomt. In Deutschland und Europa wird wahrgenommen, dass sich in Hamburg etwas tut.
- Die Bevölkerung wächst – und zwar gegen den norddeutschen Trend! Die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung zeigt, dass die Einwohnerzahl in Hamburg bis zum Jahr 2020 auf über 1,8 Mio. EUR weiter ansteigen kann.
- Eine jüngst vorgestellte Studie des HWWA warnt uns allerdings, dass ohne Gegensteuern die Bevölkerung in Hamburg bis zum Jahr 2020 um 1,3 % sinken könnte.
- Das macht deutlich: Wir müssen handeln.
- Und wir handeln!
- Hamburg ist attraktiv für Bürger, Betriebe und Investoren.
- Bei Städte-Rankings belegt Hamburg Spitzenplätze.
- Die Attraktivität sichert Arbeitsplätze. Das sind die Sorgen der Menschen: Dass ihr Arbeitsplatz sicher ist oder sie einen neuen finden können.
- Wir machen keine Klientelpolitik sondern eine verantwortungsbewusste Politik für alle Bürger und die gesamte Stadt. Das spüren die Bürger und die Betriebe. Vertretbare Kürzungen und auch schmerzhaftes Opfer heute schaffen die Grundlage für eine Stärkung zum Wohl aller von morgen.

Mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 und der Finanzplanung bis 2008 schafft der Senat die Voraussetzung dafür, dass Bürger und Betriebe optimistisch in die Zukunft blicken können.

Der Senat schafft die finanzielle Basis für die Verwirklichung des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“.

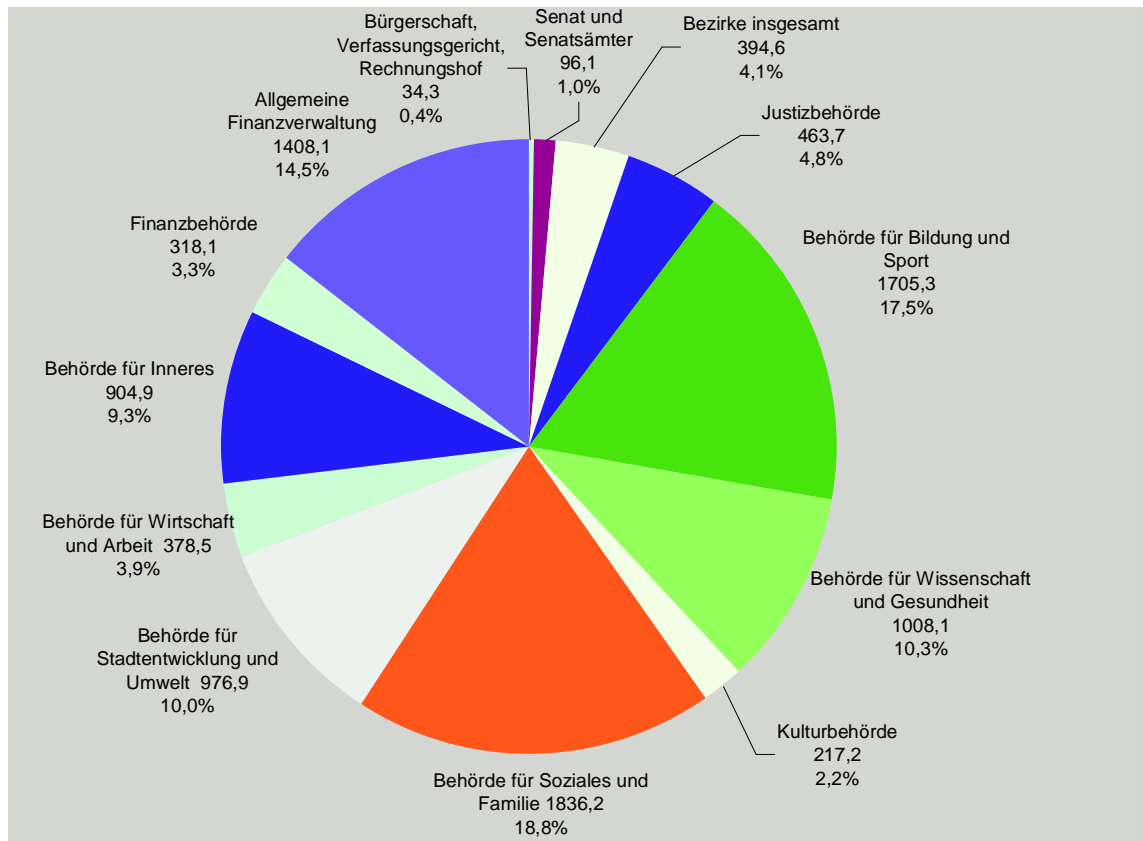
Der Senat nimmt damit die ihm übertragene Verantwortung für die Menschen und die Zukunft unserer Stadt gesamthaft wahr.

Gesamtübersicht zum Finanzplan 2004-2008 in Mio. EUR ^{a)}

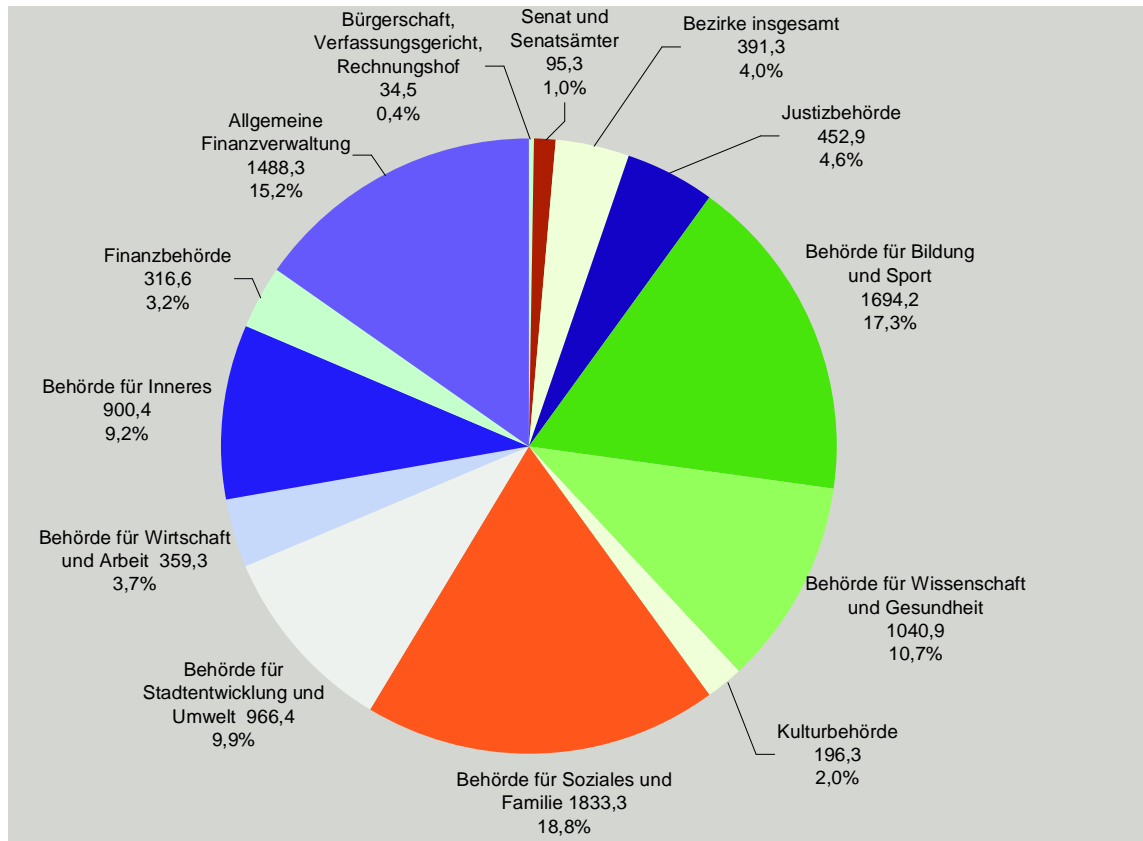
Einnahme- / Ausgabeart		Haushalts-	Haushalts-	Haushalts-		Finanzplanung	
		Ist 2003	plan 2004	plan-Entwurf 2005	2006	2007	2008
Einnahmen							
1	Hamburg verbleibende Steuern	6.631,9	6.686,0	6.807,0	7.286,0	7.706,0	8.077,0
1.1	Steuern vor Finanzausgleich	7.096,5	7.256,0	7.207,0	7.716,0	8.156,0	8.527,0
2	Übrige laufende Einnahmen	1.422,4	1.300,9	1.322,5	1.455,5	1.349,5	1.341,0
3	Bereinigte Betriebseinnahmen	8.054,4	7.986,9	8.129,5	8.741,5	9.055,5	9.418,0
4	Spezielle Investitionseinnahmen	145,2	130,1	158,7	157,7	160,8	143,3
5	Bereinigte Gesamteinnahmen	8.199,6	8.117,0	8.288,3	8.899,2	9.216,3	9.561,3
6	Finanzausgleich	464,5	570,0	400,0	430,0	450,0	450,0
7	Vermögensmobilisierung und Entnahme aus Rücklagen/Stöcken	1.303,9	796,6	752,1	218,9	205,0	97,2
7.1	darunter: zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme	584,7	149,6	166,3	218,9	205,0	97,2
8	Haushaltstech. Verrechnungen	14,3	12,7	12,8	12,8	12,8	12,8
9	Krediteinnahmen	800,0	750,0	700,0	650,0	600,0	550,0
10	Gesamteinnahmen	10.782,3	10.246,4	10.153,2	10.210,8	10.484,0	10.671,3
Ausgaben							
11	Personalausgaben	3.352,6	3.401,3	3.436,9	3.494,9	3.600,7	3.692,8
11.1	Aktivbereich inkl. Nebenleistg.	2.398,8	2.416,7	2.426,9	2.458,4	2.526,2	2.584,2
11.2	Versorgungsbereich inkl. Nebenleistg.	953,8	984,6	1.010,0	1.036,5	1.074,6	1.108,6
12	Schuldendienst und -hilfen	1.108,5	1.137,2	1.134,3	1.180,5	1.236,5	1.292,7
12.1	Zinsen	1.004,7	1.036,2	1.040,6	1.084,2	1.133,5	1.185,3
12.2	Tilgung an öffentlichen Bereich	13,7	7,6	9,2	8,5	8,7	8,7
12.3	Schuldendiensthilfen	90,1	93,4	84,5	87,9	94,3	98,8
13	Sach- und Fachausgaben	4.150,1	4.103,2	4.055,8	4.050,8	4.095,0	4.141,1
13.1	Sozialhilfe	1.107,9	1.077,6	1.114,9	1.120,5	1.125,3	1.130,3
13.2	Sonstige gesetzliche Leistungen	1.025,0	1.044,9	976,4	970,6	968,5	970,2
13.3	Übrige Sach- und Fachausgaben	2.017,2	1.980,7	1.964,5	1.959,6	2.001,2	2.040,7
14	Glob. Mehr- / Minderausgaben	0,0	-6,4	90,1	13,5	0,7	-16,5
15	Bereinigte Betriebsausgaben	8.611,2	8.635,3	8.717,1	8.739,7	8.932,9	9.110,2
16	Investitionen	1.529,9	1.029,7	1.025,0	1.030,0	1.090,0	1.100,0
17	Bereinigte Gesamtausgaben	10.141,1	9.665,0	9.742,1	9.769,7	10.022,9	10.210,2
18	Finanzausgleich	464,5	570,0	400,0	430,0	450,0	450,0
19	Zuführung an Rücklagen	11,8	11,4	11,1	11,1	11,1	11,1
20	Haushaltstech. Verrechnungen	2,0					
21	Deckung von Fehlbeträgen	162,9					
22	Gesamtausgaben	10.782,3	10.246,4	10.153,2	10.210,8	10.484,0	10.671,3
23	Finanzierungssaldo (5-17)	-1.941,5	-1.547,9	-1.453,8	-870,6	-806,6	-648,9
23.1	- Betriebshaushalt (3-15)	-556,8	-648,3	-587,5	1,7	122,6	307,8
23.2	- Investitionshaushalt (4-16)	-1.384,7	-899,6	-866,3	-872,3	-929,2	-956,7

^{a)} Differenzen durch Rundungen; 2004: von der Bürgerschaft am 18.6.2004 beschlossener Haushaltsplan 2004

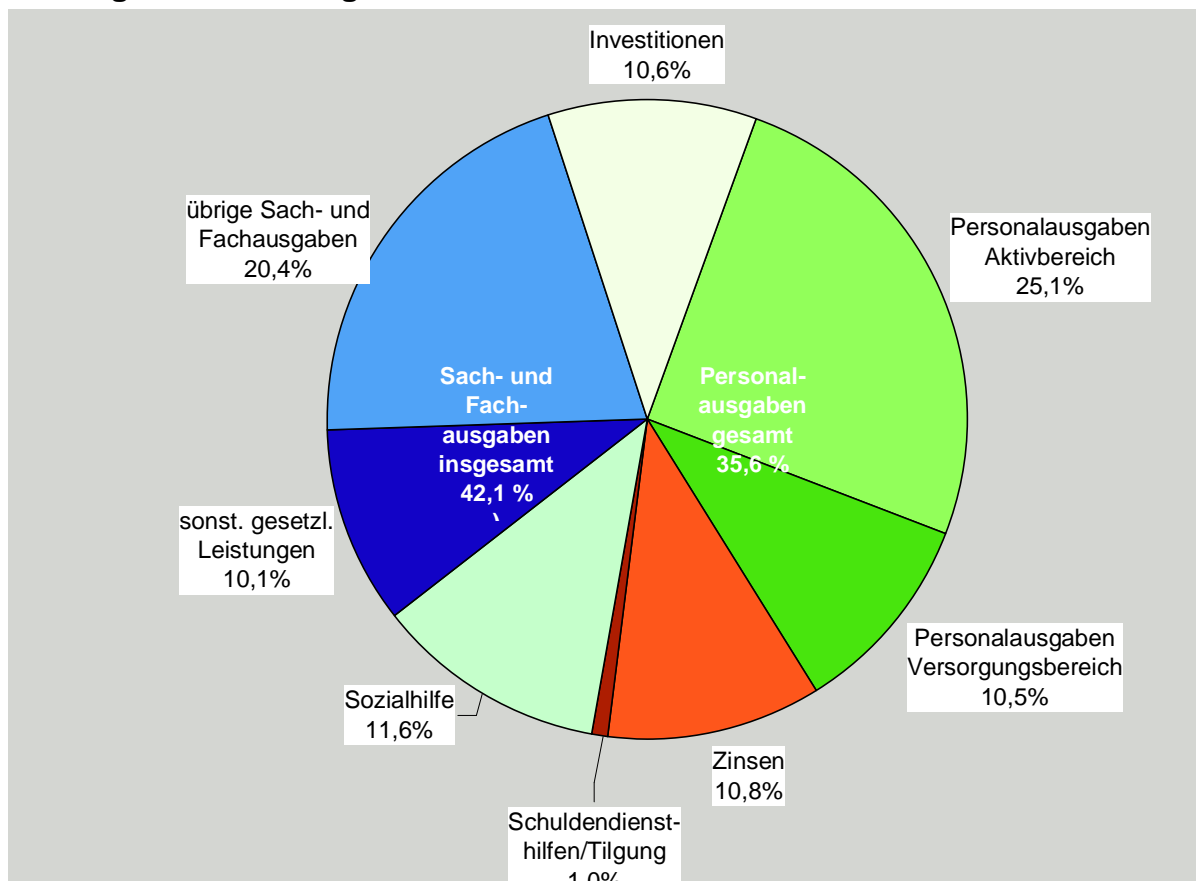
Bereinigte Gesamtausgaben 2005 nach Einzelplänen



Bereinigte Gesamtausgaben 2006 nach Einzelplänen



Bereinigte Gesamtausgaben nach Arten 2005



Bereinigte Gesamtausgaben nach Arten 2006